Mittwoch, den 17. Dezember 1924.

Lodzer Volkszeitung

Einzelnummer: 25 Groschen.

Nr. 89.

Erscheint 3mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellen-Gesuche 50%, -Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Zamenhofa 17, III-16
Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5—6 Uhr. Telephon des Schriftleiters: 28-45.

Der Abonnementspreis für den Monat Dezember beträgt Zloty 2,40, wöchentlich 60 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — Für Amerika einen Dollar monatlich.

2. Jahrg.

Lehren aus dem Generalstreik.

Von Imkoc, Lodz.

Wenn auch der mit ausgezeichneter Disziplin und Energie durchgeführte allgemeine Streik der Arbeiterschaft eine wesentliche materielle Besserstellung nicht bringen kann, so bedeutet er einen schätzenswerten Gewinn insofern, als er in den Reihen der Arbeiterschaft das Bewußtsein der Macht gehoben und auch das Solidaritätsgefühl gestärkt hat. Es sind das Faktoren, die sich sicherlich in der Zukunft zugunsten der Bewegung auswirken werden. Der Streik hat auch bewiesen, wie ruhig und geordnet selbst größere Bewegungen der Arbeiterschaft verlaufen, wenn die Behörden und die Polizei in neutraler Position verharren.

Wir dürfen aber in der Augenblicksfreude nicht vergessen, daß in dem abgelaufenen Kampfe unsere Gegner von allen guten und bösen Geistern verlassen waren; verlassen von der Regierung, bestürmt von der Arbeitnehmerschaft, gerügt durch die Oeffentlichkeit, mußten sie die Hand zu einem Kompromiß ausstrecken, und wir täuschen uns nicht, wenn wir annehmen, daß die Unternehmerschaft das Spiel noch lange nicht als verloren aufgibt, sondern noch manches Mittel anwenden wird, um die karge Errungenschaft für die Arbeitnehmer illusorisch zu machen.

Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß wir im abgelaufenen Kampfe aus der Stellung der Regierung zum Streik Nutzen gezogen haben, und wir dürfen das keimende Mißtrauen (welches nach Bebel eine demokratische Tugend ist) nicht unterdrücken. Die Haltung der Regierung muß uns befremden. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Kampf um 23 Prozent Lohnerhöhung kein Kampf um eine Verbesserung unserer Lage, sondern ein solcher um Lohnausgleich war, herbeigeführt durch das Anwachsen der Teuerung. Wer aber hat die Teuerung verursacht? Die Mißernte? Es hat ja kein Hagel unsere Felder vernichtet. Die Mißernte (richtiger die mäßige Ernte) war vorauszusehen, ja vorausgesehen! Konnten nicht beizeiten entsprechende Maßnahmen getroffen werden? Daß aber nichts unternommen wurde, um der Teuerung vorzubeugen, bringt die Regierung in den Verdacht einer unangebrachten Agrarierfreundschaft.

Hat unsere Regierung, durch ihre Geneigtheit in diesem Kampfe, die eigene Schuld verhüllen und überdies für sich politische Lorbeeren pflücken wollen?

Nun, so billig sollten diese bei der Arbeiterschaft nicht zu finden sein!

Gewiß, unsere Industrie hat in der Inflationszeit die Staatskuh fleißig gemelkt, und sie hat für den Ertrag nicht Wohnhäuser, nicht Schulen gebaut, sondern zu sehr an die eigene Tasche gedacht. Gewiß, sind unsere Industriellen, wenn nicht schlechtern, so auch nicht bessern Herzens als sonstige „Patrioten". Doch Tatsache ist: unsere Produktion ist mit Steuern derart belastet, das Spesenkonto ist derart gebraucht, daß sie notwendig teuer sein muß. Und daß der Unternehmer ohne Profit oder mit geringem Profit arbeiten soll, das wird ihm doch kein „Patriot" und auch kein Agrarier zumuten.

Es bliebe daher nichts anderes übrig als die Ausgaben für den Staatshaushalt zu verringern (beginnend beim General, nicht beim Sergeanten), um weniger Steuern zu gebrauchen und die Agrarierliebe einzudämmen, was eine Verbilligung des Lebensunterhalts der Massen zur Folge haben würde. Und wenn dann unsere Handels- und Industrieritter noch überdies anständig zu kalkulieren lernen, so daß 1/24 Garn nicht sofort um 30% steigen muß, weil augenblicklich in dieser Stärke keine Vorräte vorhanden sind, so könnte es vielleicht noch ein Weilchen gehen. Leider trifft bei den Industriellen das Sprichwort zu: die Katze läßt das Mausen nicht.

Die Regierung aber, wie sie nun einmal ist, weiß sich mit unserer Industrie keinen Rat. In ihrer Ratlosigkeit hat sie eine Losung gefunden, nämlich: Zurück zum Agrarierstaat. Der „nationale" Pressewald rauscht jeden Tag das Liedchen von der Industrie, die den Staat soviel Geld koste, soviel Sorgen verursache, und die doch für ein Agrarland wie Polen zu groß sei. Die polnische Presse behauptet, daß erst die Landwirtschaft auf einen hohen Stand gebracht werden müsse, damit sie einer starken Industrie die Wage halten kann.

Es ist wohl kaum notwendig, der Arbeiterschaft die Verkehrtheit dieser Losungen, die der Seelentiefe landadliger Gemüter entquollen sind, nachzuweisen: Die Industrie steht der Landwirtschaft nicht im Wege, vielmehr hilft sie ihr! Sie kultiviert sie, indem sie ihr wertvollere Produktionsmittel zuführt und durch Massenbedarf die Rentabilität sichert. Das sollten unsere Landadligen doch wissen. Die Sache hat aber leider einen politischen Hintergrund. Nur Industrieländer, Industriegebiete besitzen gemischte, nicht rein nationale Bevölkerungen; nur Industriegebiete bedürfen weitgehender Freizügigkeit und Liberalität; nur Industriegebiete bedürfen weitgehender sozialer Gesetze und Einrichtungen. Doch der Reaktion und dem Klerikalismus ist der Fortschritt ein Dorn im Auge. Und deshalb halten sich beide in großer Affenliebe umschlungen und seufzen ständig: „Ach, wie schön wäre es doch, wenn wir allesamt im Dorfe leben könnten!"

Daß aber ein Agrarland, besonders kleiner oder mittlerer Größe, seine internationale Bedeutung verlieren, zum Hinterlande der mächtigen Industriestaaten werden muß, sehen diese guten Leute nicht ein. Das liegt eben an der „nationalen" Brille, die ihnen den Ausguck auf Europa versperrt.

Polnische Einheitsfront gegen die Minderheiten?

Rechte und Linke suchen einen Maulkorb für die nichtpolnische Bevölkerung.

(Eigene telephonische Meldung unsres Parlamentsberichterstatters.)

Nachdem am vorvergangenen Sonntag Senator Buzek auf dem Kongreß der „Piasten" die Karten über eine Aenderung der Wahlordnung aufgedeckt hat, haben sich die übrigen polnischen Parteien entschlossen, über diese Vorschläge „nachzudenken".

In der vergangenen Woche waren im Sejm alle polnischen Parteien eifrig tätig, die Projekte des „Piast" von ihrer Parteilage aus zu beleuchten. Einzelne Parteien, darunter die „Wyzwolenie", sind zu der Ansicht gekommen, daß die Vorschläge des „Piast" nicht gerade ein schlechtes Geschäft für größere Parteien sind. Als Ergebnis der Beratungen wählte auch die „Wyzwolenie" einen Wahlordnungsspezialisten. Demselben wurde aufgetragen, die mit der eventuellen Aenderung der Wahlordnung verbundenen Berechnungen anzustellen, um zu untersuchen, wie nach der vorgeschlagenen neuen Wahlordination das Wahlresultat ausfallen könnte.

Genaueres über diese Kombinationen in den Linksparteien konnten wir nicht in Erfahrung bringen, da die Angelegenheit in ein tiefes Geheimnis gehüllt ist. Die Tatsache aber, daß man auf die undemokratischen Vorschläge bei der Linken überhaupt eingehen konnte, sollte für die Minderheiten, gegen die die Pläne gerichtet sind, eine ernste **Warnung** sein. Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, daß die Klubs der Linken zu dem Schluß kommen werden, eine Aenderung der Wahlordnung im Sinne des „Piast" zu verwerfen.

Die Demokratisierung Polens liegt in der Hand der „Wyzwolenie" und der P. P. S. Ohne diese zwei Parteien ist eine Zweidrittelmehrheit, die für die Aenderung der Wahlordnung notwendig ist, nicht aufzubringen. Die Verantwortung, die diese Parteien in dieser Hinsicht gegenüber dem demokratischen Europa haben, dürfen sie nicht auf das Spiel setzen, um vielleicht auf Kosten der Minderheiten einige Mandate zu erringen. Der gegenwärtige Stand der Beziehungen der Rechtsparteien zueinander zeigt klar, daß bei der Aenderung der Wahlordnung nicht nur die gesamte „Chjena", sondern mit ihr auch der „Piast" eine gemeinsame Plattform finden wird. Und dieser Umstand allein muß die „Wyzwolenie" und die P. P. S. zu einer energischen Opposition gegen diese Vorschläge zwingen.

Jedenfalls hat ein Suchen nach Verständigung in der polnischen Familie begonnen. Wir machen darauf aufmerksam. Die Minderheitenvertreter müssen schon jetzt von der Linken eine klare Antwort verlangen.

Thugutt in den Ostgebieten.

Am Sonnabend früh hat Vizeminister Thugutt die Spritztour nach den Ostgebieten unternommen. Er begab sich an die litauische Grenze. Dort besuchte er die örtlichen Gemeindeverwaltungen, Dorfhütten, die Volksschule etc. Von dort fuhr Thugutt nach Wilna. In Wilna empfing er Delegationen. Die Litauer verlangen von der Regierung die Bildung von litauischen Privatschulen, Ermöglichung des Besuches der Universität und Unterstützungen für kulturelle Institutionen. Die Weißrussen fordern die Ermächtigung für eigene Mittelschulen und den Zutritt zu der Universität. Die Juden — Autonomie für die jüdische Gemeinde.

* * *

Ueber den Zweck seiner Reise befragt, erklärte Thugutt, er sei gekommen, um die Nöte der Bevölkerung kennen zu lernen und das Uebel zu beseitigen, das die Bevölkerung drückt. Außerdem beabsichtigt Thugutt, wie amtlich berichtet wird, die Administration und die öffentliche Sicherheit kennen zu lernen, die Sprachengesetze einzuführen, das Steuersystem abzuändern, den Selbstverwaltungen die direkte Kreditbeschaffung zu ermöglichen, die Zahl der Richter zu vergrößern und die Bekenntnisfrage zu regeln.

Die weißrussische Presse zum Besuch.

Die „Sielanskaja Prawda“, das Organ der Weißrussen, konstatiert, daß Thugutt einige Weißrussen veranlassen will, in das Komitee der Sachverständigen einzutreten. Dies ist nach Ansicht der Zeitung zwar ein Fortschritt, doch sagt sie: „Aber wozu sollen die Minderheiten in das Komitee eintreten? Nur deswegen, um zu manifestieren, daß in Polen die Zeit der brüderlichen Eintracht zwischen den einzelnen Bevölkerungsschichten eingetreten ist? Damit Herr Thugutt und seine Kollegen dies im Ausland breittreten? Nein! Wenn wir uns dem Komitee anschließen, müssen wir die Sicherheit haben, daß die Arbeit nicht umsonst sein wird. Bis jetzt ist für uns nichts getan worden. Selbst die unmöglichen Sprachengesetze sind ins praktische Leben nicht eingeführt. Und deswegen müssen wir noch warten.“

Sikorski hält Pilsudski Vorlesungen über Demokratie.

Seit einiger Zeit werden im Ministerrat Verhandlungen über den Gesetzentwurf der Reorganisierung der höchsten militärischen Aemter geführt. In der Freitagssitzung kam es zwischen Kriegsminister Sikorski und Pilsudski zu einer sehr scharfen Auseinandersetzung. Als Kriegsminister Sikorski darauf hinwies, daß das Gesetz in demokratischem Geiste gehalten sei, unterbrach ihn Pilsudski in heftiger Weise. Er sagte, daß Sikorski kein Recht habe, ihn über Demokratie zu belehren.

Der Krach war fertig, und die Sitzung mußte abgebrochen werden. Wie verlautet, so gedenkt Pilsudski an den Beratungen über diesen Entwurf nicht mehr teilzunehmen.

„Kurjer Poranny“ hat der Regierung den Krieg erklärt, falls Ministerpräsident Grabski den Wünschen von Pilsudski entgegenkommen sollte. Das Ultimatum dieses Blattes hat nachstehenden Wortlaut:

„Durch diese Machenschaften verliert die Regierung das Vertrauen, weil sie sich keine Rechenschaft darüber gibt, daß solche Erledigung der wichtigsten Probleme den Staat in Gefahr bringen kann. Im gegenwärtigen Augenblick erwartet das Volk von der Regierung doppelte Sorge um die Erhaltung der Grenzen sowie ein tiefes Gefühl für die ernste Wirklichkeit.“

Deutsch-polnisches Notengeplänkel.

Wie bekannt, hat der deutsche Gesandte in Warschau, Dr. Rauscher, an die polnische Regierung eine Note gerichtet, in der er auf die deutschfeindlichen Bestrebungen und Angriffstendenzen der polnischen Vereine in Posen und Pommerellen aufmerksam machte. Skrzynski hat nun geantwortet. In seiner Antwort weist er darauf hin, daß die Manifestationen nichts Gemeinsames mit Regierungskreisen gehabt hatten. Gleichzeitig sucht er die deutschen Vorwürfe dadurch zu entkräften, daß er Deutschland polnisch-feindlicher Bestrebungen beschuldigt. Die Note schließt: „Die polnische Politik ist ausgesprochen friedliebend. Sie stützt sich auf der Achtung vor den abgeschlossenen Verträgen.“

Schweinerei!

Der „Chlopski Sztandar“, ein Organ der „Wyzwolenie“ berichtete in der letzten Nummer darüber, daß in Kleinpolen der „Piast“-Abgeordnete Jedynak eine Genossenschaft gründete, die die Ausfuhr von Schweinen zum Ziele hatte. Die Bauern lieferten vier Waggons Schweine im Gesamtwerte von 18000 Zloty. Seitdem sind bereits einige Wochen vergangen und die Bauern erhielten für ihre Schweine keinen blauen Heller. Sie wandten sich deshalb an den Abg. Putek von der „Wyzwolenie“, also einen Konkurrenten des Herrn Witos, um Hilfe.

Die Regierungskrise in Deutschland.

Der Reichskanzler Marx hat dem Kabinett die Ergänzung durch die Hereinnahme der Sozialdemokraten vorgeschlagen. Diese Erweiterung der Regierungsbasis durch die Hinzuziehung der größten und in den Wahlen am stärksten gewachsenen Partei, die Neuerrichtung der großen Koalition also, ist an der Weigerung der Volkspartei gescheitert. Nun tritt das Kabinett zurück. Aber die Frage, was an seine Stelle treten soll, ist noch im Dunkeln.

Die Deutsche Volkspartei will den Rechtsblock. Aber das hat man doch nun schon ganz lange gewußt; der erneut gefaßte Beschluß ihres Zentralvorstandes, jede Gruppierung abzulehnen, in der die Deutschnationalen nicht vertreten wären, bestätigt ja nur den Abfall nach rechts, den die Volkspartei schon vor Monaten vollzogen hat. Der Rechtsblock war ihr ausgesprochenes Wahlziel. Und auch nach den Wahlen hat die volksparteiliche Presse sofort die Aufrichtung des Rechtsblocks proklamiert.

Der Reichskanzler Marx hat die große Koalition versucht, die für die Sozialdemokratie auch der Abg. Löbe öffentlich in Vorschlag gebracht hatte — die Volkspartei hat auf die erste Frage sofort mit einem schroffen Nein geantwortet und dadurch jetzt auch wieder das Kabinett Marx zum Rücktritt gezwungen.

Die bürgerliche Presse hält einen bürgerlichen Block für wahrscheinlich. Die Regierungsmehrheit würde aus den Deutschnationalen, der Stresemann-Partei, dem Zentrum und der Bayrischen Volkspartei (event. auch der Wirtschaftspartei) bestehen. Die Sozialdemokratie verhält sich passiv und abwartend. Das Zentrum wird sich zwar für den bürgerlichen Block entschließen, da in einer nach links orientierten Kombination die Sozialdemokratie nach ihrem Wahlerfolge einen zu sehr entscheidenden Einfluß hätte. Wahrscheinlich wird Stresemann die Regierung bilden und auch den Kanzlerposten übernehmen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er auch das Außenministerium behält.

*

Bürgerblock oder Dollarkredit.

Die United Preß meldet aus Washington, daß die Schwierigkeiten der deutschen Kabinettbildung in Washington mit dem größten Interesse verfolgt werden. In politischen und Handelskreisen stimmt man darin überein, daß ein Kabinett mit Einschluß der deutschen Volkspartei den Kredit Deutschlands in den Vereinigten Staaten erhöhen würde, da die deutsche Volkspartei die Vertreterin der Industrie ist. Dagegen wird die Bildung eines Bürgerblocks als ungünstig bezeichnet, jedenfalls aber als weit ungünstiger als die Wiederherstellung des Kabinetts Marx. Ein Bürgerblockkabinett würde zweifellos als ein monarchistisches Kabinett bezeichnet werden, was den Glauben an Deutschlands Friedfertigkeit schwer erschüttern würde. Die Folge davon wäre, daß weitere Investitionen amerikanischen Kapitals in Deutschland als gefährlich angesehen werden könnten.

Herriot erkrankt.

Der Kammerausschuß für Auswärtige Angelegenheiten beschäftigte sich mit der Frage der Umwandlung der polnischen Gesandtschaft in eine Botschaft und mit der Frage der Benennung eines französischen Botschafters in Moskau. Die erstere Maßnahme wurde nachträglich gutgeheißen. Es wurde sodann auch über die Aufhebung der französischen Botschaft beim Vatikan verhandelt. Im Verlaufe der Diskussion erklärte der Abgeordnete Loucheur, daß er gegen die Streichung der Kredite beim Vatikan sei und daß er in der kommenden Woche bei der Beratung des Budgets für auswärtige Angelegenheiten das Wort ergreifen werde, um dagegen zu protestieren.

Die Außenpolitik sowie die Frage der Amnestie dürften in den nächsten Tagen zu scharfen Debatten im Parlament führen. Herriot, von dessen Eingreifen das Sein oder das Nichtsein der Regierung abhängt, ist seit einigen Tagen krank. Da seine Krankheit noch eine längere Zeit dauern kann, so wird von der Rechten versucht, dem Kabinett Schwierigkeit zu bereiten. Die linksorientierte Presse fordert daher die Sozialisten auf, aus der Reserve herauszutreten, falls es Herriot unmöglich sein sollte, in den nächsten Tagen die Regierungsgeschäfte wieder aufzunehmen. In Pariser Regierungskreisen wird bereits von Painleve als Herriots Nachfolger gesprochen. Auch hofft man, daß die Sozialisten, die bisher Herriot gegenüber eine wohlwollende Haltung einnahmen, sich an der Neubildung der Regierung beteiligen würden. Es wird mit einem Eintritt des Sozialistenführers Blum gerechnet.

Branting im Sterben.

Der schwedische Ministerpräsident ist schwer erkrankt. Sein Zustand ist besorgniserregend. Er soll bereits in der Agonie liegen.

Lokales.

Heute Sitzung der Schiedskommission.

Die erste Sitzung der Schiedskommission findet heute abend 7 Uhr im Arbeitsministerium statt. An der Sitzung nehmen neben dem Minister und dem Unparteiischen, Bukowiecki, die Herren Szczerkowski, Harasz, Kazmierczak, Rumpel, Gutke und Pawlowski teil.

*

Die Verwaltung der Straßenbahn hat den streikenden Angestellten mitgeteilt, daß die Forderungen vom Aufsichtsrat abgewiesen worden sind. Infolgedessen haben die Streikenden beschlossen, den Streik weiterzuführen und ihn zu verschärfen.

Seit gestern hat der Streik sehr scharfe Formen angenommen. Inspektor Wojtkiewicz forderte von den Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit. Erst dann könne er die Vermittlung übernehmen. Vizepräsident

Adalises Ehe.

Roman von **A. Hruschka.**

(Nachdruck verboten.)

(68. Fortsetzung.)

Adalise und ihre Schwiegereltern, die nach einem rückwärtigen Raum geeilt waren, von wo aus man das Dorf und die aus Siebenstein dorthin führende Straße übersehen konnte, starrten sprachlos vor Entsetzen hinüber.

„Wenn sie nur Vernunft annehmen und die Leute nicht länger durch ihre Uniformen reizen wollten!“ sagte Gottulan gepreßt. „Ich bin überzeugt, alles ginge friedlich ab ohne die Dragoner. Aber dieser Prinz scheint zu glauben, daß er draußen an der Front ist und dem Feinde gegenüber steht. Allein seine herausfordernde Haltung muß die Leute reizen!“

Adalise dachte nur: „Wo kann Leo sein?“

Plötzlich schrie sie laut auf. Aus der Menschenmauer am Dorf flogen Steine durch die Luft. Gleichzeitig wurden den Pferden der Dragoner Feuerfrösche unter die Füße geworfen. Ohrenbetäubendes Gejohle und gellendes Pfeifen vermehrten noch die Verwirrung. Die Pferde scheuten, stiegen in die Höhe, brachen wild nach allen Seiten aus. Schüsse fielen, Säbel blitzten durch die Luft, Kommandorufe wurden gebrüllt, während ein neuer Steinhagel sich auf die Soldaten ergoß . . .

Mitten in dieser Verwirrung sah Adalise den Prinzen vom Pferd sinken. Gleichzeitig bemerkte sie, wie ein großer Teil der Arbeiter, die weitere Arbeit hier unten den Kameraden überlassend, sich nach der Straße wandte, die zur Manafabrik führte.

Krampfhaft packte sie ihres Schwiegervaters Arm und wies mit zitternden Fingern dorthin.

„Sie ziehen zur Fabrik . . . Vater, Leo wird doch nicht . . .“

Gottulan nickte ernst.

„Doch! Ich glaube er ist oben und erwartet sie. Es hieß ja, daß sie Forderungen vorlegen wollten. Und er ist nicht der Mann, der sich in der Stunde der Gefahr verbirgt.“

Schneebleich bis in die Lippen, wandte sich Adalise der Tür zu. Frau Karoline schrie angstvoll auf: „Wo willst du hin, Adalise?“

„Zu ihm! Mein Platz ist an seiner Seite!“

„Nein, das darfst du nicht! Was fällt dir ein! Er selbst würde . . .“

Aber Adalise war schon draußen. Herr Gottulan nahm seine aufgeregte, weinende Frau in die Arme und sah ihr tief in die Augen.

„Würdest du es anders machen an ihrer Stelle, Linchen?“

„Nein. Aber bedenke doch — wenn ihr etwas geschieht . . . Leo würde es uns nie verzeihen . . .“

Im Haus unten gab es plötzlich Unruhe. Aufgeregte Stimmen, Geflüster, einen Schreckensschrei aus weiblicher Kehle. Da eilte auch Herr Leopold bestürzt hinab.

In der Halle unten drängte sich alles um zwei rasch zusammengeschobene Klubsessel, auf die man die anscheinend leblose Gestalt eines Dragoneroffiziers gebettet hatte. Es war Löwenkreuz, den zwei faustgroße Steine gleichzeitig an Stirn und Brust getroffen hatten. Sein Gesicht war blutüberrieselt, die Augen geschlossen. Er röchelte schwer. Der Fabrikarzt und Lo Andermatt waren um ihn beschäftigt. Ersterer wechselte einen ernsten Blick mit Gottulan und trat dann mit dem alten Herrn beiseite.

„Ich fürchte, hier wird alle Kunst vergebens sein. Die Steine wurden mit furchtbarer Gewalt geschleudert und scheinen beide tödlich gewirkt zu haben. Pinter soll sie geworfen haben.“

„Wie schrecklich! Ist der Prinz bei Bewußtsein?“ fragte Gottulan erschüttert.

„Nein. Aber es ist möglich, daß er noch einmal die Besinnung erlangt, ehe — alles vorüber ist.“

„Dann will ich sofort nach Birkenheide telephonieren.“

So leise das Wort ausgesprochen wurde, der Sterbende schien es vernommen zu haben. Mühsam schlug er die Augen auf und blickte in Lo Andermatts bleiches Gesicht, das angstvoll über ihn gebeugt war.

Nur sie allein konnte die leise wie ein Hauch den Lippen entfliehenden letzten Worte Löwenkreuz's vernehmen. Aber sie wirkten auf die Gräfin niederschmetternd wie ein Schuß.

„Grüß meine Braut,“ flüsterte Löwenkreuz. „Sag' ihr . . . nur sie . . . nur sie . . . war mir wirklich teuer . . . alles andere . . . Dummheit . . . Zeitvertreib . . .“

Taumelnd wich Lo zurück. Wild jagten ihre Gedanken und Erinnerungen durch ihren Kopf. Er war verlobt! Während er ihr tausendmal geschworen hatte, er liebe nur sie! Dasselbe schwor er wahrscheinlich auch Adalise — jahrelang hatte sie sich in dem triumphierenden Gefühl gewiegt, die Freundin zu betrügen — er aber hatte sie beide betrogen — beide! Nein, nur sie allein. Denn sie hatte ihn ja geliebt — wirklich geliebt — während Adalise . . .

Und vor ihren Augen stand wieder die kurze Szene, als sie vor wenigen Minuten Löwenkreuz brachten und Adalise die Treppe herabkam wie gejagt. Nicht einen Blick hatte sie für den Prinzen gehabt. Und als Lo sich auch weinend an ihre Brust warf und von Todesangst gemartert, alle Eifersucht vergessend, ihr zuschrie: „Er stirbt! Erich stirbt — siehst du es denn nicht, Adalise?“ Da hatte sie nicht mit ihr geweint, war nicht einmal zu dem Sterbenden getreten, sondern hatte sich nur ungeduldig losgemacht: „Laß mich Lo, halte mich nicht auf. Ich muß zu Leo . . .“

Mit einem ächzenden Laut, den Scham, Zorn und Verzweiflung ihr erpreßten, sank Lo ohnmächtig zu Boden. Gerade in dem Augenblick, als Erich Löwenkreuz die schönen Zigeuneraugen für immer schloß . . .

(Fortsetzung folgt.)

Wojewódzki, an den sich die Streikenden ebenfalls wandten, erklärte, den Wojewoden um Intervention zu bitten. Heute begibt sich der Präses des Straßenbahnerverbandes nach Warschau, um dem Hauptverband vom Streik Kenntnis zu geben. Dabei soll die Intervention des Arbeitsministeriums angerufen werden.

*

Der Magistrat hat seinen Beamten die rückständigen Gehälter nicht ausgezahlt. Ebenso erhielten die Beamten keine Anzahlungen auf das 13. Gehalt. Aus diesem Grunde entstand ein Konflikt. Gestern wandten sich die Beamten wieder an den Magistrat, doch wurden ihre Forderungen abgelehnt, wobei der Magistrat erklärte, er habe kein Geld. Charakteristisch ist der Umstand, daß selbst diejenigen körperlichen Arbeiter die Löhne nicht erhalten haben, die nicht mehr im Magistrat arbeiten. Die Präsidenten benahmen sich während der Verhandlungen skandalös. Inmitten der Aussprache verließ einer nach dem anderen den Beratungsraum, so daß zum Schluß nur noch der Präsident selbst übrig blieb. Die Magistratsherren operierten dabei mit unparlamentarischen Worten, wie „Lüge, Schwindel" rc. Die Empörung unter den Beamten ist groß. Heute findet eine Versammlung derselben statt, in der höchstwahrscheinlich der Streik beschlossen wird.

Gehaltskürzungen der Kommunalbeamten. Das Innenministerium hat ein Verordnungsprojekt ausgearbeitet, wonach die Gehälter der Magistratsmitglieder und Beamten herabgesetzt und denen der Staatsbeamten angepaßt werden sollen. Die Verordnung wird auf Grund der Ermächtigungsgesetze erlassen, also appellationslos. Sie wird in das Selbstverwaltungsleben Unzufriedenheit hineinbringen und bestimmt zu Konflikten führen. Die Starosten, die doch mit der Selbstverwaltung an und für sich nichts zu tun haben, erhalten 75prozentige Zuschläge zu den Staatsbeamtengehältern.

Der Streik der Volksschullehrer in den Abendschulen dauert an. Die Streikenden wandten sich an den Arbeitsinspektor Wojtkiewicz um Vermittlung. Herr W. hat angenommen.

Arbeitslosenunterstützungen. Mit der Auszahlung der 10. Rate der Unterstützungen für die Zeit vom 8. bis 14. d. M., wird am Dienstag begonnen, und zwar erhalten an diesem Tage folgende Arbeiter die Unterstützungen: in allen Büros außer im 4: Nr. 1 bis 1000; im 4. Büro: Nr. 1 bis 1500; am Mittwoch in allen Büros mit Ausnahme des 4: Nr. 1001 bis 2000; im 4. Büro: Nr. 1501 bis 3000; am Donnerstag in allen Büros außer dem 4 und 10: von Nr. 2001 bis 3000; im 4. Büro von 3001 bis 4500; im 10. Büro die im 9. Büro registrierten Arbeiter von 5001 bis 6000.

In der letzten Sitzung des Bezirkskomitees für Arbeitslosigkeit wurde festgestellt, daß die Zahl der Arbeitslosen in Lodz von 38768 auf 20962 zurückgegangen ist.

Um die Unterstützungen für die geistigen Arbeiter. Am Sonnabend fand eine Konferenz der Vertreter der Regierung mit Vertretern der Angestelltenverbände statt. Der Direktor des Departements für soziale Fürsorge legte den Plan für eine sofortige Hilfeleistung vor. Die staatlichen Arbeitsvermittlungsämter haben über 18000 arbeitslose geistige Arbeiter notiert. Die vom Sejm ausgeworfene Summe von einer Million Zloty ist also zu gering. Die Hilfeleistung soll in 15 Zentren organisiert werden, die die meisten Arbeitslosen aufzuweisen haben. Die sofortige Hilfeleistung hat das Komitee des Arbeitslosenfonds übernommen. Die Unterstützungen werden wahrscheinlich noch vor den Feiertagen ausgezahlt werden.

Für die Beibehaltung der Feiertage. Die Christliche Demokratie und die N. P. R. haben dem Sejm Gesetzesvorlagen unterbreitet, in denen die Beibehaltung der zweiten Feiertage zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten beschlossen werden soll. Die Vorlage soll die diesbezügliche Verordnung des Staatspräsidenten annullieren.

Die Schulferien beginnen am 20. Dezember und enden am 2. Januar. Der erste Unterrichtstag ist der 3. Januar.

Der Termin für die Examen der Volksschullehrer verschoben. Im Sinne des Gesetzes vom 27. Mai 1919 läuft am 31. Januar 1925 der Termin für die Examen der Volksschullehrer ab. Diejenigen Lehrer, die die Examen nicht bestehen, werden entlassen. In der letzten Sitzung der Bildungskommission des Sejm wurde über diese Angelegenheit verhandelt. Abg. Utta wies darauf hin, daß Lodz 30 Prozent unqualifizierter Lehrer besitzt, die zum 31. Januar 1925 die Examen nicht bestehen werden können. Es wurde beschlossen, den Termin bis zum 31. August 1927 zu verschieben. Der Antrag kommt in der heutigen Sejmsitzung zur Abstimmung.

Schulfest. Sonntag, den 21 Dezember, um 4 Uhr nachmittags, veranstaltet die deutsche Volksschule Nr. 100, Leiter H. Krzywiec, im Saale des Trinitatisvereins in der Konstantinerstraße 4, ein Schulfest. Zur Aufführung gelangt u. a. das prächtige Märchen „Frau Holle". In den Pausen wird das Streichorchester unter der bewährten Leitung des Dir. Herrn Ende konzertieren. — Büffet am Orte. — Karten sind im Vorverkauf in der Schulkanzlei, Wodna 38, zu haben.

Wegen Tabakwucher wurde der Besitzer einer Trafik, Mateusz Gomulak, vom Wuchergericht zu zwei Monaten Gefängnis und 500 Zloty Strafe verurteilt. Das Regierungskommissariat, das die Strafe als zu klein ansieht, hat Berufung eingelegt.

Selbstmord eines Militärunterstaatsanwalts. In der Nacht von Freitag zu Sonnabend nahm sich der Unterstaatsanwalt des Militärgerichts Nr. 4 in Lodz, Georg Kowalewski, auf einer Bank in der Ujazdower Allee in Warschau durch einen Revolverschuß das Leben. Neben dem Selbstmörder lag seine Visitenkarte, auf der er folgende Worte verzeichnet hatte: „Bitte die Ursache meines Todes nicht zu suchen. Ich nehme mir das Leben selbst. Ich kenne es und finde es als sehr dumm". Die Leiche wurde nach der Leichenhalle geschafft.

Turnverein „Aurora". Am Sonntag, den 21. Dezember, um 1 Uhr nachmittags, veranstaltet der Verein im Poniatowski-Park ein Wettgehen in 3 Läufen: 1. Teilnehmer im Alter von 20—30 Jahren, 2. von 30—40, 3. von 40 aufwärts. Zu diesem Wettgehen werden sämtliche Sportvereine höfl. eingeladen. Auch diejenigen Personen, die keinem Verein angehören, werden ersucht sich im Vereinslokale, Kopernika 64 (Waldschlößchen) zu melden. Bei den Anmeldungen müssen Legitimationspapiere vorgelegt werden. 455

Vom Deutschen Theater.

Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben:

Mittwoch, den 17. Dezember l. J., um 8 Uhr 15, findet im Wiederholungsabonnement Nr. 11 die dritte Aufführung des mit sensationellem Erfolge aufgeführten Monstrestückes „Mr Wu" (The Mandarin) mit Kurt Katsch als Gast in der Rolle des Mandarin Wu statt. Donnerstag, den 18. Dezember, um 8 Uhr 15, wird im Premierenabonnement Nr. 12 Schillers berühmtes Trauerspiel „Kabale und Liebe" mit Kurt Katsch als Gast in der Rolle als Wurm gegeben. Bei dieser Gelegenheit wird sich auch das neuengagierte Mitglied, Herr Gustav Adolf Litteck, als Ferdinand dem Publikum vorstellen.

Die Direktion des Deutschen Theaters trifft schon jetzt umfassende Vorbereitungen für die Weihnachtsfeiertage. Unter anderem wird als Kindervorstellung das überaus lustige Märchen „Dornröschen" gegeben werden.

Aus dem Reiche.

Absetzung des Konstantynower Bürgermeisters Doliwka.

Der neue Magistrat übernimmt heute die Geschäfte.

Bekanntlich führte in unserer Stadt der N. P. R.-Mann Doliwka die Geschäfte der Stadt als ernannter Bürgermeister. Nachdem das Resultat der Wahlen in den Stadtrat diesem Herrn gezeigt hatte, daß er nicht darauf rechnen kann, als Bürgermeister vom Stadtrat gewählt zu werden, beschloß er auf andere Weise sich am Ruder zu halten. Zu diesem Zweck veranlaßte er, die Mandatsniederlegung seiner Partei-Kollegen, um die Stadtverordnetenversammlung zu dekomplettieren. Diesem Manöver schlossen sich bekanntlich auch die Juden an, so daß zusammen 11 Stadtverordnete ihre Mandate niedergelegt haben. Uebrig blieben nur 8 deutsche Stadtverordnete, 4 der P. P. S. und der Deutsch-Katholik Kirchof, also zusammen 13 Stadtverordnete. Infolge dieser Amtsniederlegung zögerte die Starostei mit der Amtseinführung des neugewählten Bürgermeisters Gryzel (P. P. S.) und des Vizebürgermeisters Stehr (D. A. P.), so daß Doliwka das Manöver einige Zeit gelang.

Die Abgeordneten Emil Zerbe und Szczerkowski wandten sich aus diesem Grunde einige Male an die Starostei und die Wojewodschaft und erklärten, daß die 13 Stadtverordneten gewillt sind, die Geschäfte zu übernehmen, weswegen die Abgeordneten die Einsetzung der gewählten Bürgermeister forderten. Sowohl die Starostei wie auch die Wojewodschaft weigerten sich anfänglich, diesem Verlangen nachzukommen, weil die 13 Stadtverordneten keine Zweidrittelmehrheit darstellen. Am Sonnabend erhielt der Magistrat jedoch die Anordnung, daß die Geschäfte an die Neugewählten zu übergeben seien. Am heutigen Dienstag werden sich Bürgermeister Gryzel und Vizebürgermeister Stehr an Doliwka wenden, um den Magistrat zu übernehmen. Doliwka versucht nunmehr die Konstantynower Deutschen von der Zusammenarbeit mit der P. P. S. dadurch abzubringen, daß er in der Stadt Nachrichten verbreitet, Bürgermeister Gryzel wäre ein Deutschenfresser. Natürlich ist diese Art der Stimmungsmache zu durchsichtig und keinem Deutschen wird es einfallen, diesen Nachrichten Glauben zu schenken.

Zyrardow. Die erste Stadtverordnetenversammlung. Am 11. Dezember, 8 Uhr abends, fand in Zyrardow die erste Sitzung der neugewählten Stadtverordneten statt, um die Wahl der neuen Würdenträger in die Stadtrat- und Magistratskörperschaften vorzunehmen. Die Chjena ging auch diesmal in zwei Lagern. Die Linke: P. P. S., Deutsche Arbeitspartei, N. P. R., Juden und die Unabhängigen Sozialisten gingen geschlossen. Die Linke bildete die Mehrheit. Der Kandidat der Linken, Blachowski, P. P. S., wurde mit 15 Stimmen zum Vorsitzenden des Stadtrats gewählt. Zum zweiten Vorsitzenden ist Herr Myszkowski, N. P. R., und zum Sekretär des Stadtrats Otto Schmidt von der D. A. P. gewählt worden. Zum Stadtpräsidenten ist der bisherige Präsident Herr Olpinski erneut berufen worden. Der Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten Orlik, P. P. S., konnte nach dreimaliger Abstimmung keine Mehrheit erhalten. Infolgedessen ist die Sitzung für Mittwoch, den 17. Dezember, vertagt worden, in der außer dem Vizebürgermeister, die drei Magistratsschöffen gewählt werden sollen.

Warschau. Massenverhaftungen unter der Studentenschaft. Es erfolgten hier zahlreiche Verhaftungen von Studenten, die der kommunistischen Propaganda beschuldigt werden.

— Trauerfeier. Anläßlich des Jahrestages der Ermordung des ersten Staatspräsidenten Narutowicz finden in einigen Kirchen der Stadt Trauerfeiern statt.

Bromberg. Krankenkassenwahlen. Die infolge des sozialistischen Sieges für ungültig erklärten Krankenkassenwahlen finden am 1. März 1925 statt.

Thorn. Massenübertritt zu den Klassenverbänden. Nicht weniger als 142 Mitglieder sind in den letzten acht Tagen zu den Klassenverbänden aus dem städtischen Gas- und Elektrizitätswerk, sowie von den Straßenbahnern übergetreten. Es kommt, wie es kommen mußte. Die ewige Hetze gegen die Roten, die Harmonieduselei und das Bauchrutschen vor dem Kapitalismus, die die hiesige N. P. R. und Chadecja betreibt, hat seinen Rächer gefunden. Vor wenigen Wochen noch wurden von der Z. Z. P. für obige Arbeiter Lohnforderungen gestellt. Weil eine Lohnzulage nicht vom Himmel herabfiel, sollte gestreikt werden. Die Streikparole war so unklar, daß die Hälfte der Interessierten nicht wußte, was gespielt wurde. Der Streik brach am ersten Tage zusammen, und den betrogenen Arbeitern begann nun ein Seifensieder aufzugehen. Nun sitzen die betrübten Lohgerber da, und ihre Felle schwimmen zu den Roten.

Nadwornie (Galizien). Wegen großer Unterschleife in der hiesigen Krankenkasse wurde der Direktor der Kasse Knoll und der Vorsitzende der Verwaltung Rzemieniecki verhaftet.

Von der Deutschen Arbeitspartei.

Ortsgruppe Zdunska-Wola. Sonntag, den 21. Dezember, um 5 Uhr nachmittags findet eine Mitgliederversammlung statt. Sprechen wird Gen. Eduard Oppelt, u. zw. über die Verfassung des Polnischen Staates. Der Versammlungsort ist bei Gen. Hennig zu erfragen.

Die Interpellation in Sachen der Verhaftung der Unabhängigen.

Wir berichteten in unserer letzten Ausgabe über die Einreichung einer Interpellation an den Innenminister wegen der Verfolgung der Unabhängigen. Die Interpellation lautet:

Am 6. 11. und 30. 11. d. Js. kam es in verschiedenen Städten der polnischen Republik zu Repressalien, die eine Verletzung der in der Verfassung verankerten Rechte der persönlichen Freiheit, der der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Unantastbarkeit der Wohnungen und anderer Bestimmungen darstellen.

Am 6. 11. führte die Polizei in Bromberg auf „höheren Befehl" eine Reihe von Haussuchungen bei einer Anzahl Staatsbürger durch, die zum größten Teil Mitglieder der legalen Partei der Unabhängigen Sozialisten Polens sind. Das Eigenartige bei diesen Haussuchungen ist der Umstand, daß man in die Wohnungen in Abwesenheit der Verdächtigen eindrang. Man suchte angeblich nach kommunistischer Literatur, Bomben, Munition und Waffen. Man beschlagnahmte jedoch etwas anderes, so z. B. vollständig legal erscheinende Literatur der Polska Partja Socjalistyczna, von der P. P. S. herausgegebene Arbeiterliederbücher, Statuten der Gewerkschaften, sowie die legalen Blätter „Socjalista" und „Glos Niezależnych Sozialistów". Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie und Komik, wenn man sich die einzige, bei einem Eisenbahnarbeiter beschlagnahmte Waffe, einen angeblichen „Kommunistensäbel" ansieht. Dieser Säbel war nämlich eine Art Familienrelique und stammte von einem Vorfahren des Verdächtigten, der 1863 für die Freiheit Polens gekämpft hatte. Der olle ehrliche Säbel eines Powstanier (Aufständischen) ist also zu einem Kommunistensäbel degradiert worden. Andere des Kommunismus verdächtigte Staatsbürger sind ohne jedes Beweismaterial auf Grund von Denunziationen verhaftet und bis auf den heutigen Tag noch nicht freigelassen worden.

Am 30. 11. d. Js. kam es in Lodz zu ähnlichen Maßnahmen. So verhaftete man mehrere unabhängige Sozialisten, u. a. den Dr. Mierzynski, angeblich wegen Herausgabe eines Aufrufs, der noch dazu die Druckmaschine garnicht verlassen hatte. Verhaftet wurde ferner in Warschau Dr. Kruk als Verfasser dieses Aufrufs. Das Charakteristische an diesem Falle ist nun aber, daß das Regierungskommissariat für die Stadt Lodz diesen Aufruf — der, wie gesagt, die Maschine garnicht verlassen hatte — überhaupt nicht konfisziert hat; auch die Staatsanwaltschaft hat einen Beschluß der Konfiskation des Aufrufs nicht erlassen. Es ist also vollkommen unverständlich, weswegen den Verhafteten die Freiheit entzogen worden ist.

In Anbetracht der geschilderten Fälle wird der Herr Minister des Innern um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Was gedenkt er zu tun, um die grundlos Verhafteten sofort in Freiheit zu setzen?
2. Was wird er für die Herausgabe der beschlagnahmten legalen Literatur unternehmen?
3. Was beabsichtigt er gegen die Organe, die gegen Verfassung und Gesetz verstoßen haben, zu tun?

Warschau, den 10. Dezember 1924.

Die Interpellanten
Pankratz, Zerbe, Kronig etc.

* * *

Die Verhafteten sind bekanntlich inzwischen gegen kleine Kautionen freigelassen worden.

Kleine politische Nachrichten.

Ernennungen. Dr. Stanislaw Kozminski wurde zum außergewöhnlichen Gesandten in Holland ernannt. Josef Wierusz-Kowalski erhielt dasselbe Amt für Oesterreich, Zygmunt Michalowski für Ungarn und Zygmunt Lasocki für die Tschechoslowakei.

Er will den Orden nicht. Abg. Reger (P. P. S.) erhielt als Offizier der polnischen Armee auf Veranlassung des Kriegsministers ein Verdienstkreuz. Reger teilte in einem Schreiben an Grabski mit, daß er als Abgeordneter keinen Orden annehmen könne. Auch verpflichtet ihn als einem Mitgliede der polnischen sozialistischen Partei die Nichtannahme. Reger scheint also weniger ordenssüchtig zu sein als andere Mitglieder der P. P. S.

Kongreß polnischer Mohammedaner. Vor einigen Tagen fand in Wilna ein Kongreß (!) polnischer Mohammedaner statt, der verschiedene Fragen behandelte, die im Zusammenhange mit dem im kommenden Jahre in Kairo stattfindenden Mohammedaner-Weltkongreß stehen. Also Polen besitzt außer den verschiedenen anderen Bekenntnissen so viel Anhänger der obigen Religion, daß sie einen Kongreß veranstalten! Und dann phantasiert man immer von dem römisch-katholischen Polen!

Die kleine Entente gegen Rußland und Deutschland. Benesch wird nach seiner Rückkehr aus Rom eine Einladung an die polnische und griechische Regierung senden, an der Beratung der Armeevertreter der kleinen Entente teilzunehmen. Die Beratungen werden das gemeinsame Vorgehen der Staaten der kleinen Entente für den Fall eines Ueberfalls seitens Deutschland oder Rußland festlegen.

Der Sinowjew-Brief zweifellos echt! Die weiteren Debatten im englischen Unterhaus befaßten sich hauptsächlich mit der Frage über die englisch-russischen Beziehungen. Auf eine Frage inbezug des Briefes Sinowjews, erklärte Baldwin, daß über die Echtheit desselben kein Zweifel sein könne.

Linksmehrheit in Hessen. Sonntag ist im Freistaat Hessen auch der Landtag neugewählt worden. Nach dem amtlichen Wahlergebnis wird sich der neue hessische Landtag folgendermaßen zusammensetzen: Sozialdemokraten 26, Zentrum 11, Deutschnationale 5, Kommunisten 4, Deutsche Volkspartei 9, Demokraten 6, Hessischer Bauernbund 9. Die alte Koalition aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten hat demnach auch im neuen Landtag mit 43 von 70 Sitzen die absolut sichere Mehrheit.

Aus aller Welt.

Eine furchtbare Katastrophe im Kaspischen Meer. Der Rigaer „Sevodnja" wird aus Rußland über eine furchtbare Katastrophe berichtet, die sich im Kaspischen Meere abspielte. Ungefähr 4000 Fischerboote hatten die Wolgamündung verlassen und ihre Arbeit war im vollen Gange, als ein heftiger Sturm einbrach und eine 10gradige Kälte mit sich brachte. Da der Sturm vom Ufer trieb, verflachte der Strand dermaßen, daß den Fischern alle Zugänge zum Aermel der Wolga abgeschnitten waren. Mit großer Mühe gelang es, nur 400 Boote zu bergen, die sich dem Fahrwasser der Wolga am nächsten befanden. Die Fischer waren vor Frost erstarrt, viele von ihnen hatten acht Tage nichts gegessen. Der amtliche Bericht über das Unglück wirkt erschütternd. Mehrere tausend Fischer sind umgekommen. Nur ein geringer Teil der Leichen konnte geborgen werden.

Westeuropa im Nebel. London befindet sich seit Mittwoch in dichtem Nebel. Seit 50 Jahren wurde ein derartig starker Nebel nicht notiert. Stündlich sind Unglücksfälle zu verzeichnen. Zwei Omnibusse sind zusammengestoßen, wodurch 16 Personen schwer verwundet wurden. Der Flugverkehr wurde eingestellt. Auch ist der Schiffsverkehr auf der Themse unterbunden. Die Börse wurde geschlossen. Der Nebel ist derart dicht, daß er bis in die Wohnungen dringt. Diebstähle und Einbrüche werden massenweise notiert. Auch in Belgien und anderen Staaten des Westens ist dieselbe Erscheinung notiert worden. Der Eisenbahnverkehr mußte eingeschränkt werden.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Kut.
Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.